

der Deputationsbericht die Erläuterungen, welche zu wünschen gewesen wären, nicht gegeben hat. Indessen theile ich selbst die Ansicht, daß ein Uebergang, wie der jetzige ist, noch vieles aus der frühern Verwaltung zu verarbeiten hat, was nur scheinbar in die neue Verwaltung mit übergeht. Es mögen aus der frühern Besteuerung und manchen andern Verhältnissen, welche jetzt eine völlige Reform erlitten haben, noch eine Menge Rechnungen vorliegen, deren Recherche für den Augenblick noch einen größern Personaletat erheischt. Gerade Aufklärungen dieser Art aber konnte die Kammer von ihrer Deputation erwarten, und mußte sie wünschenswerth finden, um sich bei Bewilligung so großer Posten beruhigen zu können.

Abg. v. Hartmann: Ich muß allerdings dieser Bemerkung beitreten, und füge noch hinzu, daß ich auch der Ueberzeugung bin, daß, wenn die bereits angestellten Rätthe und Beamten einen geringern Gehalt nicht bekommen können, doch in Zukunft die neu anzustellenden nicht mehr in so hohe Besoldung gesetzt werden; denn diese stehen in gar keinem Verhältnisse mit den übrigen Lebensverhältnissen. Eine solche Anstellung von 2000 Thlr. ist so viel, als wenn man einem Manne ein Capital von 50000 Thlr. auf Lebenszeit überläßt, und es ist doch zu berücksichtigen, daß der Grundbesitzer oft nicht weiß, woher er bei den gegenwärtig mislichen Zeitumständen seine Steuerbeiträge nehmen soll.

Staatsminister v. Zeschau: Es liegt zwar kein specieller Antrag vor, da ich mir aber zur Pflicht gemacht habe, jede einzelne Bemerkung zu erläutern, so bemerke ich nur, daß bei einer frühern Gelegenheit von dem Abg. v. Mayer beantragt worden ist, es möge in Bezug auf die Gehalte eine Uebereinstimmung mit den übrigen Ministerien stattfinden. Nun hat die Kammer sich aber bei dem Ministerium des Innern und der Justiz für diese Sache ausgesprochen, und es würde also ein solcher Antrag dieser Beschlußnahme entgegen sein.

Abg. Rour: Wenn ich von der Voraussetzung ausgehe, daß sich der jetzige Bedarf gar nicht übersehen lasse, so sehe ich auch nicht ein, wie das Deputationsgutachten hätte specieller motivirt sein sollen. Gerade das Finanzministerium hat die größte Veränderung bei der Organisation erlitten; es sind so viele Geschäfte dazu gekommen, daß man unmöglich übersehen kann, wie viel Arbeiter erfordert werden, und also ist eine speciellere Erinnerung zu machen nicht möglich, weil ich fest überzeugt bin, daß eben so gut, wenn die hier angesetzten Personen nicht ausreichen, künftig eine Mehranstellung beantragt werden muß, aber auch eben so gut, wenn man sich überzeugt, daß Ersparnisse zu machen sind, diese von selbst gemacht werden.

Abg. Sachse: Ich sehe in der That nicht ein, was man an dem Deputationsbericht aussagen will; man wollte denn, es hätte der jetzige Etat zur Bervollständigung beigefügt werden sollen. Nun ist aber an dem nichts zu ändern, und es wäre nur die Frage, ob in Bezug auf die 77,000 Thlr. der Etat nicht richtig wäre; allein wer das bezweifeln wollte, müßte schon gebeten werden, die Unterlagen, welche der Deputation gegeben wurden, selbst einzusehen.

Abg. Runde: Um dem Abgeordneten auf seine Bemerkung zu antworten, gehe ich nur auf das zurück, was im Lande ausgesprochen wurde, als vor einigen Jahren die neue Organisation der Ministerien zu Stande kam. Gerade darüber erhob sich eine allgemeine Verwunderung, daß bei dem Finanzministerium eine so außerordentlich große Anzahl von Rätthen vorhanden sei, und man hörte von wohl unterrichteten Personen vielfältig die Meinung aussprechen, daß viele von den Geschäften, für die jetzt ein besonderer Rath angestellt ist, sich füglich hätten combiniren lassen. Eben diese Reductionen des so sehr starken Personaletats aber sind es, welche um so mehr einer nähern Beleuchtung bedürft hätten, je weniger sich bei dem Ansatze einer solchen Masse angestellter Personen ohne alle Bezeichnung ihres Wirkungskreises nur entfernt beurtheilen läßt, ob die Ansätze eine Verminderung zulassen oder nicht. Wenn nun der Deputation doch ebenfalls bekannt sein mußte, daß, wie ich anführte, jene außerordentlich große Anzahl von Rätthen bei diesem Ministerio im Volke Aufsehen erregt hat, so hätte sie wohl schon darin eine Veranlassung finden sollen, zur Beschwichtigung etwa irriger Meinungen einige erläuternde Bemerkungen beizufügen.

Abg. v. Hartmann: Zur Erläuterung meiner frühern Bemerkung muß ich anführen, daß ich nicht der Ansicht bin, es könnten bei diesem Departement so große Ersparnisse gemacht werden, als bei den andern Ministerien, sondern ich habe nur einen allgemeinen Wunsch in Bezug auf die in der Folge anzustellenden ausgesprochen.

Vicepräsident: Ich muß doch auf das zurückkommen, daß es wünschenswerther gewesen wäre, man hätte sich specieller in die Sache eingelassen, und nicht bloß im Allgemeinen gesagt: „das kostet es.“ Es scheint mir doch, daß dieser Gegenstand zu kurz behandelt sei, was um so mehr zu beklagen ist, da die constitutionellen Stände das erstemal beisammen sind, und also zum erstenmal das Budget berathen.

Referent: Ich bitte den Vicepräsidenten etwas weiter zu lesen, wo es heißt: „der Normaletat für die Staatsschuldentilgungskasse bleibt ausgesetzt etc.“ Die Deputation hat angenommen, daß aus den seitherigen Verhandlungen jedem Kammermitgliede bekannt sei, daß die Steuercredit- und Communcreditkassen in eine Kasse verwandelt werde, und es scheint mir doch alles geschehen zu sein, was billigerweise gefordert werden kann.

Vicepräsident: Die gedachte Vereinigung beider Kassen ist wohl bekannt, allein dieß schließt nicht aus, daß es zu wünschen gewesen, die Deputation hätte die Posten einzeln angegeben.

Referent: Diese können keinem Zweifel unterliegen, weil es fixirte Gehalte sind und die Vereinigung nahe bevorsteht.

Der Präsident stellt nun die Fragen: 1. Wird der Normaletat von 68,998 Thlr. bewilligt? 2. Will die Kammer 8110 Thlr. 18 Gr. als transitorischen Mehrbedarf bewilligen? Beide werden einstimmig *bejaht*.

(Beschluß folgt.)